die Oeffentlichkeit
europäischen Staat
e Kriegsmöglichkeit
fragt, ob die Be-
aten mit Japan so
en, daß eine solche
el, und glaubt, das-
lden Staaten trüber
nteressant sei ferner
rmehrung der ame-
nde der englischen

üstungen.
Information meldet
wird der Kammer
erhöhte Rüstungen
ird von der Regie-
vollständigung des
richtung einer stän-
enze gegen Deutsch-
geschwader und der
tlicher Grenzfestun-

del",
Bildern,
nlkindern im
. abends 8 Uhr
Dezbr. 1/2 3 Uhr
Mk.)
eitung Erwachsener
tt.
nung u. Märchen-

Ausschuß des
s Lichtenstein.

Maine
Dezember
orstellung

100 Mk
Herrn Gastwirt

s Herrn Gastwirt
Stunden zu dres-
n, das Pferd zu
Herrn Krause.
rgebenst ein
Die Direktion.

dem sächs.
ächsischer Minister
reis Mark 2.—.
Die Umwelt am
Bedeutung —
rechtskämpfe —
ig von Rom —
edrich Augusts

eses Blattes.

Kranz-
Herrn
unseres

in

en.

nstein.

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Rödlitz, Mülsen, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Rußdorf und Hirschfeld

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

69. Jahrgang.

Nr. 294 — Hauptinsertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk — Sonnabend, den 20. Dezember — Postscheckkonto Leipzig Nr. 86697. — 1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- u. Festtags, nachm. für den folgenden Tag. — Vierteljährl. 4,60 Mk., durch die Post bezogen 5,40 Mk. — Einzelne Nummer 15 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm Ebert-Straße 2b, alle Poststationen, Postboten, sowie die Austräger entgegen. — Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 30, für auswärtige Fernspr.-Anschluß Nr. 7. Besteller mit 40 Pfg. berechnet. — Reklamezeile 75 Pfg. — Im amtl. Teile kostet die zweispaltige Zeile 90 Pfg., für Auswärtige 120 Pfg. Tel.-Adr. Tageblatt

Die außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 betreffend.

Gemäß § 4 Abs. 2 des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 vom 10. September 1919 (R. G. Bl. S. 1567) wird im Einverständnisse mit dem Reichsminister der Finanzen bestimmt, daß in Sachsen als Friedenseinkommen im Sinne des § 4 Abs. 1 des genannten Gesetzes das Jahreseinkommen gilt, mit dem der Abgabepflichtige bei der allgemeinen landesgesetzlichen Jahresveranlagung zur Staatseinkommensteuer auf das Jahr 1914 veranlagt worden ist. 1175 a Steuerreg. C.

Dresden, am 16. Dezember 1919.

Finanzministerium.

Nitzschke.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Aus Mailand wird gemeldet: Die letzten Mannschaften des deutschen Kreuzers „Emden" sind von der Insel Malta in Venedig angelangt und haben ihre Reise nach Deutschland fortgesetzt.

* Eine Untersuchung der Wiener Schulkinder hat das erschreckende Resultat ergeben, daß 90 Prozent tuberkulös sind.

* Die preußische Landesversammlung hat gestern den Staatshaushaltsplan für 1919 gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen und sich dann bis zum 21. Januar vertagt.

* „Telegraaf" meldet aus London: Ehemalige Feinde des britischen Reiches dürfen während der nächsten drei Jahre die britischen Kolonien nicht ohne Zustimmung des britischen Kolonialamts besuchen.

* In der Nationalversammlung wurde gestern das am 22. September in Versailles unterzeichnete Protokoll über die Aenderung des Artikels 61 der Verfassung betreffend den Verzicht auf den Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich in allen drei Lesungen angenommen.

* Nach Mitteilung eines aus Algier heimgekehrten Kriegsgefangenen sollen dort noch über 30000 deutsche Gefangene sich befinden.

* In Barcelona und Madrid sind blutige Unruhen ausgebrochen.

* Schweizer Blätter melden das Anrücken serbischer Truppen in Stärke von zwei Armeekorps gegen Dalmatien, Italien und Albanien. Die Truppen seien in voller Kriegsbereitschaft.

75. Sitzung der sächs. Volkskammer.

(VSZ) Dresden, 18. Dezember.

In der heutigen Sitzung stand zunächst die Vorlage, eine Denkschrift über den Ankauf von Aktien und Kuxen westsächsischer Steinkohlenwerke betreffend, die von Minister Nitzschke begründet wird. Danach beabsichtigt die Regierung wie wir bereits unseren Lesern mitteilten, Aktien bezw. Kuxe der Aktiengesellschaft Steinkohlenbauverein Gottessegen in Lugau, Aktiengesellschaft Lugauer Steinkohlenbauverein in Lugau, Gewerkschaft Deutschland in Oelsnitz (E.) Steinkohlenaktiengesellschaft Vereinigtfeld in Hohndorf (Bez. Chemnitz) und Gewerkschaft Kaisergrube in Gersdorf (Bez. Chemnitz) bis zum Höchstbetrage von 50 Millionen Mark anzukaufen. Die vier ersten Werke sind mit 23,3 Prozent an der Gesamtförderung der sächsischen Steinkohlenwerke beteiligt. Der Staat sichert sich damit einen großen Einfluß auf den Steinkohlenbergbau. Ferner gibt die Vorlage die Möglichkeit, wie der Minister hervorhob, den Staat in großem Maße am Einkommen der sächsischen Steinkohlenwerke zu beteiligen und erschließt beim bevorstehenden Uebergang der Staatseisenbahnen und der Einkommensteuer auf das Reich eine neue Einkommensquelle. Die Vorlage müsse so rasch wie möglich verabschiedet werden, da die Gefahr bestände, daß sonst das feindliche Ausland als Käufer dieser Aktien auftreten werde.

Die Redner aller Fraktionen, mit Ausnahme der Unabhängigen, hatten etwas für die Vorlage übrig. Von mehreren Seiten wurden jedoch Zweifel gehegt, ob die Staatsbetriebe billiger arbeiten würden als Privatbetriebe. Die Kammer überwies die Vorlage dem Finanzausschuß B zur Weiterberatung und nahm hierauf eine weitere Regierungsvorlage, den zwischen dem sächsischen Staate und dem Verein für das National-Hygiene-Museum abgeschlossenen Vertrag über den Ankauf des vormals königlichen Marstallgrundstücks in Dresden betreffend, an. Nachdem die noch restlichen Kapitel des Zwischenplanes und der Gesamtzwischenplan auf die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1920 gegen die Stimmen der Unabhängigen, die bei dieser Gelegenheit der Regierung erneut ihr Mißtrauen aussprachen, verabschiedet waren, gelangte ein demokratischer Antrag auf Aufhebung des 6. Januar (Hohneujahr) als Feiertag zur Besprechung und sofortigen Schlußberatung.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) begründete den Antrag, wobei er hervorhob, daß es in Anbetracht unserer Kohlenkalamität angebracht sei, einen Arbeitstag mehr zu gewinnen, durch den in Sachsen 20000 Tonnen Kohlen mehr gefördert werden könnten. Die Sozialdemokraten, nicht aber die Unabhängigen, erklärten sich mit diesem Antrag einverstanden. Abg. Fleißner (Unabh.) bezweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses. Es stellte sich heraus, daß nur 33 Mitglieder anwesend waren. Da nur zwei davon der Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie angehörten, wurde von Abg. Posern (Dem.) Namensfeststellung beantragt. In dieser Zeit füllte sich der Saal wieder etwas. Die Namensfeststellung ergab, daß zwar einige Abgeordnete mehr, nämlich 43, anwesend waren, da aber mindestens die Hälfte der Mitglieder, also 49, zur Beschlußfassung im Saale sein müssen, wurde die Beschlußunfähigkeit des Hauses erwiesen; da dieser Punkt auf keine andere Tagesordnung gesetzt wurde, und die Kammer am Freitag ihre letzte Sitzung vor den Weihnachtsferien abhält, wird auch der Hohneujahrstag 1920 ein Feiertag bleiben. Schluß der Sitzung 5.30 Uhr nachmittags. Nächste Sitzung Freitag, den 19. Dezember, vormittags 11 Uhr.

Aussicht auf Einigung.

Paris, 18. Dezember.

Die Sachverständigen der alliierten Großmächte und Deutschlands, die sich mit der Frage der Lieferung von Hafenmaterial beschäftigen, haben heute keine Sitzung abgehalten.

Wie die Pariser Morgenblätter melden, läßt die Lage der Verhandlungen eine Einigung erwarten. „Journal" sagt, die Entscheidung hänge jetzt hauptsächlich von der Haltung der Engländer ab, da sie die Frage hauptsächlich interessiere, weil der größte Teil dieser neuen Beute ihnen zugesprochen werden muß. Deutschland hätte bewiesen, daß es im besten Falle imstande sei, 180000 Tonnen Hafenmaterial abzuliefern, und vorgeschlagen, noch 300000 Tonnen neues Hafenmaterial zu bauen. „Matin" sagt, die deutsche Statistik sei von den interalliierten Sachverständigen angezweifelt worden. Die Deutschen seien aber in der Lage gewesen, überzeugende Beweise dafür zu bringen, daß ihre Behauptungen in betreff des verfügbaren Hafenmaterials in Deutschland den Tatsachen entsprechen. Unter diesen Umständen hätten sich die alliierten Sachverständigen geneigt gezeigt, den Vorschlag der deutschen Regierung, die Lieferung des Hafenmaterials um die Hälfte zu ermäßigen, anzunehmen, das sei aber nur das Regime einer Einigung. Es handle sich jetzt darum, die Kompensationen zu bestimmen, die Deutschland noch darüber hinaus liefern müsse. „Petit Parisien" sagt, die deutschen Sachverständigen hätten auch erklärt, Deutschland könne die leichten Kreuzer nicht entbehren, da es sie zur Küstenbewachung nötig habe, sie hätten dafür im Bau befindliche große Kriegsschiffe angeboten, aber die Vorschläge werden jedenfalls nicht angenommen werden. Der Gang der Verhandlungen zeige jedoch, daß eine Einigung in der einen oder anderen Form nicht unmöglich sei.

Die sächsischen Gemeinden gegen Erzberger.

Der Sächsische Gemeindetag als die Vertretung der sächsischen Landgemeinden hat sich wiederholt gegen die Erzbergerschen Finanzpläne gewendet, soweit durch Uebertragung der Einkommensteuer auf das Reich die Gemeinden zu bloßen Kostgängern des Reiches herabgedrückt werden sollen. Die Gründe, die in der Gefährdung freien gemeindlichen Eigenlebens gipfeln, sind wiederholt dargelegt worden. Auch die noch immer wie ein Damoklesschwert über uns hängende Gefahr des Zugriffes der Ententemächte spricht warnend gegen die beabsichtigte Regelung. Der Sächsische Gemeindetag hat sich deshalb um in letzter Stunde noch einen Versuch zur Abkehr von den Erzbergerschen Finanzplänen zu machen, mit nachstehendem Protesttelegramm an die Nationalversammlung gewendet:

„Sächsischer Gemeindetag schließt sich dem Einspruch Deutschen Städtetages und Bayrischen Städtebundes gegen geplante Steuerordnung und Verteilung der Steuereinkünfte auf Reich, Länder und Gemeinden an, weil Freiheit und Selbstverwaltung der Gemeinden dadurch auf das Schwerste getroffen und ihre Weiterentwicklung dadurch beeinträchtigt ist. Wir fordern Zuschlagsrecht der Gemeinden und Ueberlassung der Einkommensteuer an Gemeinden in solchem Umfange, daß sie wirtschaftliche und kulturelle Arbeit zum Nutzen von Reich, Land und Bevölkerung auch in Zukunft auf der Einkommensteuer als der wichtigsten Grundlage der Finanzgebarung aufbauen können."

Der Deutsche Städtetag und der Bayrische Städtebund sind in gleichem Sinne bereits vorgegangen.

Deutschlands Ausverkauf u. Chemnitz

Eine Chemnitzer Maschinenfabrik schreibt dem „Ch. Tgbl.":

„Sie bringen in Ihrem Sonntag-Blatte eine Notiz, aus der zu ersehen ist, daß sich deutsche Maschinenfabrikanten zusammengeschlossen haben, um nicht nach Frankreich zu liefern.

Dieser Gedanke ist nicht neu. Ein hier mitfolgender Brief mag Ihnen zeigen, was sich der Franzose daraus macht, denn deutsche Maschinen bekommt er doch. Was der Hersteller nicht besorgt, besorgt die Sorte Händler, die jetzt zu Hunderten in Chemnitz herumlaufen, zu hohen Preisen Maschinen aufkaufen und solche eventuell über Italien nach Frankreich bringen. Der deutsche Händler, der nur an Verbraucher direkt liefert, bekommt nichts, weil er nicht so hohe Preise zahlen kann.

Uebrigens fragt man sich dabei auch, wo in aller Welt kommen in Chemnitz bloß die Nahrungsmittel